



Corrado Pardini

alt Nationalrat und Gewerkschafter

Rede an der 32. Albisgüetli-Tagung der SVP des Kantons Zürich,
17. Januar 2020

(Wie immer gilt das gesprochene Wort)

Das Albisgüetli liegt in der Schweiz liegt in Europa

Werte Frauen und Männer von der SVP,
und natürlich grüsse ich auch alle alt-Bundesräte, Regierungsrätinnen, Nationalräte, Ständerätinnen, Präsidenten in männlicher und weiblicher Gestalt!

Werte Damen und Herren

Dass ich als Gewerkschafter und Sozi heute an Ihrer Hochmesse rechter und nationalistischer Politik spreche, hat mir ein paar böse Worte eingetragen. Andere freuten sich schon im Voraus auf Streit und Pöbelei, die sozialen Medien verlangen den Clash.

Ich aber möchte Ihnen einfach für die Einladung danken. Die ich als Aufforderung verstehe, Sie heute ein wenig zu agitieren. Nicht nur, weil ich denke, dass viele von Ihnen eigentlich SP wählen sollten. Sondern weil ich es richtig finde, mit dem politischen Gegner zu reden und zu streiten.

Offenes Visier und grade raus. Solange wir reden, schweigen die Fäuste. So soll es sein, in der Demokratie.

Politischer *Gegner* habe ich gesagt, nicht Feind. Die Nuance ist wichtig. Der Wahlkampf ist vorbei. Wir können also ernsthaft über die Schweiz und unsere Zukunft sprechen. Auf Augenhöhe. Unter *Eidgenossen*.

Aber, und diese Bemerkung muss sein, weil eine Ihrer Kreisparteien gerade wieder einen Nazi-Sympathisanten für ein Kantonsparlament aufgestellt hatte und sie ihn rausschmeissen mussten: Rassismus und Herrenmenschentum sind keine Meinungen, sondern Gewalt, die dumpfe Verneinung des Menschen und schliesslich seine Vernichtung. Also Verbrechen. Diese braunen Kameraden sind Feinde, und, so hoffe ich, nicht nur für mich, sondern auch für Sie.

Das ist übrigens weniger eine Frage der Moral, als meine Antwort auf die Frage, ob ich in einem Land leben möchte, in dem Hetze, Gebrüll und Totschlag den Alltag bestimmen.

Heute spricht also einer zu Ihnen, den Sie zu den «Netten und Linken» rechnen. Was den Netten betrifft, verspreche ich, dass Sie auf Ihre Rechnung kommen: Ich werde Sie nicht schonen.

Und ein Linker? Unbedingt! Ich stehe in einer langen Reihe von Männern und Frauen, die für *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Brüderlichkeit* gekämpft haben und kämpfen. Gegen Sklaverei, Saisonier-Baracken, das mörderische Diktat des Profits.

Die Kraft der Solidarität

Ich habe Maschinenschlosser gelernt, bei der Wifag in Bern. Wir haben die besten Druckerei-Maschinen der Welt gebaut. Vom ersten Tag meiner Lehre an habe ich dort etwas Elementares erlebt: Solidarität. Die tägliche kleine Solidarität der Kollegen für den Lehrling. Aber auch die Solidarität in der Betriebskommission und in der Gewerkschaft, die für korrekte Arbeitsbedingungen und ein gutes Arbeitsklima gesorgt haben. Es war ein Ort, wo man am Abend sagte: «Also bis morgen, liebe Kollegen.»

Und schliesslich habe ich damals verstanden, was die grosse Solidarität ist, die soziale Sicherheit und das Versprechen AHV, die dir erlauben, vertrauensvoll ein Arbeitsleben in Angriff zu nehmen. Diese Sicherheiten sind Errungenschaften der langen, aufreibenden Kämpfe von Netten und Linken. Darauf ist die moderne Schweiz gebaut.

Solidarität tönt ein bisschen altertümlich und wird zu oft von den falschen Leuten benutzt. Aber es ist ein gutes Wort, da steckt «solid» drin. Und es ist viel mehr als ein politisches Schlagwort. Solidarität steht für ein Grundprinzip: jede menschliche Gesellschaft, wirklich jede, ist um kollektive soziale Sicherheiten herum organisiert. Manche schwächer, andere stärker. Es geht nicht einfach darum, wie hoch zum Beispiel das Arbeitslosengeld ist. Folgen wir den grossen Soziologen wie Emile Durkheim: *Wie* eine Gesellschaft ihre Solidarität organisiert, entscheidet letztlich über ihren Zusammenhalt, aber auch über ihren Wohlstand und sogar über Dinge wie ihre Innovationskraft. Gerade in den aktuellen, individualisierten Gesellschaften. Darüber sollten wir sprechen.

Manche Leute denken, ein Land halte zusammen, weil seine Bewohnerinnen und Bewohner die selben Werte teilen, die selbe Kultur, eine Religion oder die selbe Herkunft. Das ist Geschwätz, die Wahrheit ist viel handfester.

Wenn ich zum Beispiel mit alt-Bundesrat Blocher öffentlich streite, was schon vorkam, teilen wir eigentlich nur, dass wir beide einen Migrationshintergrund haben.

Doch kulturell und wertemässig und im Bezug auf die Herkunft sind wir uns fremd. Und, nebenbei bemerkt, über seine Religion – ich meine jetzt nicht den Neoliberalismus –, habe ich mir noch nie Gedanken gemacht. Er könnte Buddhist sein oder ... Muslim, warum nicht?

Wie kommt es, sehr geehrte Damen und Herren, dass Christoph Blocher und ich nach einem hart geführten politischen Streit ohne Hass auseinander gehen? Paradoxiertweise hält uns der Konflikt zusammen. Oder genauer: die Methoden, die wir in der Schweiz gefunden haben, mit Streit und heftigen Interessengegensätzen umzugehen. Wie wir das tun, ist ziemlich kompliziert, oft mühsam und manchmal ungerecht. Doch meistens funktioniert es. Besser als ein Bürgerkrieg immerhin.

Nur eben: Fakt ist, dass in den vergangenen dreissig Jahren viele Nationen zerfallen sind und noch mehr Länder neu gegründet wurden. Oft in blutigen Bürgerkriegen. Vergleichen Sie einmal eine Karte von 1980 mit heute.

Aufstieg und Fall, das ist ein grosses Thema unter Historikern. Unter anderem haben sie herausgefunden, dass Homogenität keinen Zusammenhalt sichert. Die Insel der Glückseligen, Geranien vor die Fenster, gleiche Religion, Patriotismus, Zaun drum: Das funktioniert nicht. Da will uns jemand für dumm verkaufen.

Die Identität und ihre Finsternishändler

Es ist wie mit dem Gerede von der Identität. Jeder Tor redet von Identität. Von Geschlechteridentität, kultureller Identität, religiöser Identität, regionaler Identität, Firmenidentität. Offenbar ersetzt Identität neuerdings Persönlichkeit. Die Lega in Italien hat sich sogar ein mythisches Land erfunden, Padanien, mit Fahne und Abstammung von germanischen Ariern, um sich gegen die Südtaliener, die «Neger» abzugrenzen. Das ist identitärer, rassistischer Irrsinn.

Denn Identitäten entstehen und vergehen schneller, als man ein Hemd wechseln kann. Die Wahrheit ist doch: jeder und jede von uns hat eine Menge «Identitäten» gleichzeitig. Am Match im Wankdorf, bin ich ganz YB. Kicke ich selber, bin ich eher ein etwas langsamer Brasilianer. Der Berner Breitenrain ist ein Stück Heimat. Doch Viareggio ist das eben auch. Und Biel und Lyss nicht zu vergessen. Man nennt mich Vollblutpolitiker, aber eigentlich bin ich vor allem Vater von zwei wunderbaren Kindern, die mich gerade einiges über Zellbiologie und die Juristerei lehren. Und, kurz gefragt: Ist Gewerkschafter eine «Identität»? In Paris oder Berlin fühle ich mich als Europäer. Natürlich, denn das sind wir in Wahrheit alle. War der Habsburger nicht ein Aargauer? Und das Albisgüetli liegt in der Schweiz liegt in Europa. Greift die EU aber die Flankierenden Lohnschutzmassnahmen an, reagiere ich als Gewerkschafter giftig.

Nebenbei bemerkt: Eher gegen die FDP, die, wie die SVP, den Lohnschutz loswerden möchten, damit man in der Schweiz die Löhne drücken kann. Weiter mit den «Identitäten»: Ich bin ein Mann der Industrie in der Bankenschweiz. Ein Büezer, der sich sogar ein bisschen wie ein Denker fühlt, wenn ich mit dem bekannten deutschen Philosophen Oskar Negt diskutiere, während ich für ihn bei mir zuhause eine Fischsuppe koche. Und es soll keiner behaupten, er habe ein besseres Rezept für Bouillabaisse!

Viele Persönlichkeiten zu haben, macht uns reicher. Unter einer Bedingung: Selber vieles zu sein, geht nur, wenn man daraus keine Ausgrenzung, keine «Fremden» bastelt. Scharfe Identitäten schliessen nicht nur andere aus, sie schliessen dich in einem Gefängnis ein. YB hin, Breitenrain her: Ich renne doch nicht mit einer Tasche herum, auf der steht: Ich bin ein Berner.

Und wer weiss: Vielleicht ziehe ich morgen in die Waadt oder nach Portugal und arbeite wieder als Schlosser. Migration, ich sage dies in diesem Saal mit Nachdruck, ist ein elementares Menschenrecht – und die älteste Tätigkeit des Menschen. Eine sehr nützliche Tätigkeit übrigens. Die Schweiz war lange ein Netto-Auswanderungsland, dem werden die vor Armut im Emmental geflohenen Menschen von New Bern im US-Bundesstaat North-Carolina nicht widersprechen. Derzeit arbeiten und leben rund eine halbe Million Eidgenossen allein in der EU.

Identität ist ein Popanz. Wer damit politischen Wucher treibt, den nenne ich einen *Finsternishändler*.

Sind denn die Jugoslawien-Kriege schon vergessen? Oder die Ukraine? In ihrer Partei hat der Brexit eine gute Presse. Wird er das auch noch haben, wenn Schottland sich abspaltet? Oder Nordirland brennt? Und was ist mit den Katalanen, Basken, Korsen, Bretonen, Ostfriesen, Serbien-Ungaren, Albanisch-Makedoniern? Um nur ein paar wenige zu nennen. Gute Gründe haben sie alle. Benachteiligung, Kultur und so weiter. Und irgend ein altes Pergament und eine Apfelschuss-Geschichte, aus denen sich ein identitärer Anspruch ableiten lassen, finden sich überall.

Bemerkenswert ist, dass es heute vor allem reichere Regionen sind, wie das egoistische Padanien oder das hochentwickelte Katalonien, die eigene Wege gehen wollen. Manchmal stelle ich mir Europa vor, sollten die rund fünf Dutzend Regionalismen Zulauf gewinnen. Mauern, Grenzen, Wegzölle überall. Ein Flickenteppich mit reichen und mit verarmten Landstrichen.

Gerade als Schweizerinnen und Schweizer sollten wir dafür ein feines Gehör haben. Den Wunsch der Jurassier auf einen eigenen Kanton haben wir in den 1970er Jahren gerade noch so hingekriegt. Der Jura bekam seine Autonomie als eigener Stand, blieb aber Teil der Schweiz. Wie wäre es heute? Schon mal einen jungen Genfer mit einer jungen St. Gallerin erlebt? Sie flirteten auf Englisch. Und dann schauen Sie mal die Karten der Abstimmungsergebnisse an ...

Zum Glück hält uns nicht zusammen, was uns gleich macht, sondern unsere Fähigkeit, mit der Differenz umzugehen.

Aber was treibt den identitären Spuk, der gerade fürchterlich grassiert, bis zum Hass, eigentlich an?

Ideologien sind es nicht – die Volksverhetzer reiten nur auf dem Geschwafel. Auch Religion ist ein billiger Vorwand – doch die Religionskriege der Geschichte hatten, schaut man genauer hin, meistens profane, materielle Gründe, wie Boden, Kapital, Ressourcen, Herrschaft, die man mit Bigotterie getarnt hat. Das gilt sogar und besonders für Ihren neuesten Lieblingsfeind, den Islam. Aber das wäre ein anderes abendfüllendes Thema.

Ich gebe zu: Eine Burka oder ein Hassprediger sind prachtvolle Projektionsflächen für einen dritten Kappeler Krieg. Doch vielleicht sollten Sie besser eine Milchsuppe organisieren. Übrigens: Worum ging es da 1531 bei Kappel am Albis genau, als Zwingli sein Blut verlor? Um Religion? Doch wohl eher um die Zürcher Getreidesperre und um Zürcher Herrschaftsgelüste in der Innerschweiz. So kennen wir sie, die Zürcher... In der Toskana gibt es einen Spruch, der geht so: «Lieber einen Toten im Haus als einen Kalabresen vor der Tür.» Den selben Spruch gibt es in Kalabrien – nur umgekehrt. Geht es also um Ethnien, oder gar um Rassen? Mumpitz. Rassen gibt es bei Hunden. Wir Menschen stammen letztlich alle vom selben kleinen Haufen in Afrika ab. Nicht einmal den schärfsten Rassisten, den Nazis, ist es gelungen, beim Menschen wissenschaftlich die Existenz von Rassen nachzuweisen. Dass sie sich nicht bemüht hätten, kann man nicht sagen.

Für den letzten grossen Genozid, 1994 in Ruanda mit mehr als einer Million Toten, musste der völlige fiktive «ethnische» Unterschied zwischen Hutu und Tutsi erst über ein Jahrhundert hin mit viel Propaganda und konkreter Diskriminierung konstruiert werden, zuerst von den belgischen Kolonialisten, dann von ihren Nachfolgern.

So kommen wir dem Wahn also nicht auf die Spur. Fragen wir doch besser umgekehrt, was eine befriedete Gesellschaft wie die Schweiz es lange war, denn genau ausmacht. Im Kern sind es zwei Dinge.

Die zwei Bedingungen der Freiheit

Erstens die organisierte Solidarität. Ich meine nicht die paternalistische Mildtätigkeit der Milliardäre und Patrons, à la Bill Gates, die ein paar Brocken von ihrer Tafel fallen lassen, in das Mistloch der Gnade, wie Pestalozzi gesagt hat, sondern die Solidarität der AHV und die Solidarität der anderen Sozialversicherungen und des Service public, der allen Zugang zu existenziellen Diensten verschafft, und dies alles sicher und verlässlich, finanziert durch Abgaben und eine gerechte Steuerordnung. Das ist keine Sozi-Marotte. Das sind unsere Gemeingüter, unsere Allmend. Wir reden hier über einen Gesellschaftsvertrag für unser Zusammenleben im modernen Staat. Auf dieses Vertrauen, dass wir solidarisch füreinander sorgen, und das nicht nur, wenn uns *donnerdes Ungfehl* trifft, ist unsere Gesellschaft gebaut. Das ist meine Schweiz.

Wer aber die AHV aushungert, Sozialversicherungen angreift und den Service public totspart, zerstört die Grundlagen der Eidgenossenschaft. 1970, vor der neoliberalen Konterrevolution, haben das sogar Bürgerliche und Superreiche noch gewusst.

Die zweite Bedingung für sozialen Frieden ist eine Wirtschaftsordnung, die den erarbeiteten Wohlstand richtig verteilt. Das ist elementar, aber unser grösstes Problem. Ich rede nicht von Gleichmacherei. Es geht um Lebenschancen und um Gerechtigkeit. Etwa darum, dass ein junger Mensch, der seine Lehre macht oder eine andere Ausbildung, vernünftigerweise hoffen darf, einigermaßen sicher eine Existenz aufzubauen und dabei seine Persönlichkeit zu entfalten, auch Pläne von Familie und einen Hypothekarkredit ins Auge fassen kann etc. 84 Prozent der Jungen in der Schweiz möchten ein eigenes Haus – aber mehr als ein Drittel befürchtet, ihr Job werde überflüssig. Das sagt das Jugendbarometer der Credit Suisse.

Die erste und entscheidende Freiheit des Menschen ist die Freiheit von Not. Mensch wird der Mensch erst, wenn er die unmittelbaren ökonomischen Zwänge so weit in den Griff bekommen hat, dass er nicht nur an das Morgen, sondern an Übermorgen und darüber hinaus denken kann. Französische Aufklärer und Demokraten haben das im frühen 18. Jahrhundert so gefasst: Wie könnte sich jemand, der nicht weiss, wie er am nächsten Tag seine Familie ernährt, für die Dinge des Gemeinwesens, für Politik oder Ethik oder die Wissenschaft interessieren? Wie könnte er ein Bürger, eine Bürgerin sein?

Finden Sie es, sehr geehrte Damen und Herren, nicht erstaunlich, dass wir uns heute mit solchen Themen befassen müssen? Sind das nicht *Tempi passati*? Leider zwingt uns die Entwicklung des Kapitalismus und die neoliberale Zerstörung der Sicherheiten dazu. Ein befreundeter Ökonom nennt die irre Konzentration von Vermögen und Lebenschancen in Händen von wenigen «Turbofeudalismus». Auch in der reichen Schweiz fühlen sich immer mehr Menschen bedroht, in Not also, selbst wenn sie noch ihr Brot haben.

Das liegt daran, dass wir Sicherheit nur kollektiv, in der Gesellschaft herstellen können. Denn als einzelne Raubtiere sind wir schlecht gerüstet, unsere Krallen sind stumpf und wir sind langsam. Hingegen sind wir mit Sprache, Intelligenz, Organisationstalent und Empathie gesegnet.

Wenn soziale Bindungen zerschlagen werden

Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, aber ich rede hier nicht von Karl Marx, sondern von meiner täglichen Erfahrung in der Arbeitswelt, in den Unternehmen, wo ich als Gewerkschafter viel rumkomme. Was erlebe ich? Wer fürchten muss, bald keinen Job und kein Auskommen mehr zu haben, ist nicht mehr frei. Wer sich vor der zweiten Monatshälfte ängstigt, wer nicht mehr zum Zahnarzt kann, wer nicht weiss, ob er die Schulreise der Kinder bezahlen kann, oder die Raten für das Auto mit dem er zur Arbeit fährt, der hört auf, Zukunftspläne zu schmieden. Angst essen Seele auf. Liest er täglich, dass die AHV nicht mehr sicher ist, obschon er seit Jahrzehnten einzahlt und nur vier Tage am Arbeitsplatz gefehlt hat, oder dass die Digitalisierung seinen Beruf sowieso überflüssig mache, obschon er Nachtschichten schiebt, und er immer weniger Zeit für sich und seine Freunde hat, der sagt nur noch selten: «Bis morgen, Kollegen».

Da lösen sich gerade Bindungen und Zusammenhänge. Da gehen gefährliche Risse auf. Seit 30 Jahren setzen die Neoliberalen den Abriss-Bagger an Löhne und soziale Sicherheit, verweigern die Teilung der Produktivitätsgewinne, entziehen der öffentlichen Hand gerechte Steuern, attackieren verbrieft soziale Beziehungen wie die Sozialpartnerschaft. Ihre Zerstörung der Gesellschaften hat sich seit der grossen Krise von 2008 scharf beschleunigt. Weltweit zahlreiche Aufstände sind das eine Resultat, der Aufstieg von autoritären Nationalisten wie Trump, Bolsonaro, Salvini, Johnson und wie sie alle heissen, das andere.

In der Schweiz halten die Gewerkschaften und die SP gegen die neoliberale Zerstörung, mit den Mitteln der direkten Demokratie. Oft erfolgreich. Doch nun zeigt die Abrissarbeit Wirkung. Errungenschaften bröckeln. Die *Ent-Solidarisierung* eskaliert.

2019 haben sich die Aktionäre allein der 30 grössten Schweizer Konzerne 41 Milliarden Franken Dividenden ausgeschüttet, doch gleichzeitig sacken grosse Teile des Mittelstandes langsam ab. Für Statistiker machte der Mittelstand vor zehn Jahren noch 58 Prozent der Bevölkerung aus.

Die Einkommensschere geht weiter auf, die Gewinne der Unternehmen waren noch nie so hoch, die Millionen-Boni galoppieren wieder, die Vermögenskonzentration hat längst historische und absurde Ausmasse erreicht. Turbofeudalismus eben.

Erste und zweite Säule zusammen garantieren keinen sicheren Lebensabend mehr. Jene, die es können, sollen in die 3. Säule einlegen und privat kapitalisieren. Dort sind für Banken, Versicherungen, globale Fonds wie Black Rock und Finanzdienstleister gigantische Gewinne zu holen – auf Kosten unserer Sicherheit im Alter. Die Franzosen kämpfen gerade mit Millionendemos und den längsten Streiks seit 1968 gegen die

Kapitalisierung der Renten. Unsere Nationalbank, die mit ihrer Hartfranken-Politik schon Zehntausende von Arbeitsplätzen zunichte gemacht hat, will für die AHV gerade noch müde 2 Milliarden lockermachen.

Schon nur ökonomisch ist diese Ausblutung der AHV ein absurder Vorgang. Denn sie ist billiger, effizienter, gerechter und sicherer als jedes andere Rentensystem. In meiner Schweiz müsste man sie massiv ausbauen.

Ob Sozialversicherungen wirksam arbeiten, mist sich in erster Linie an der «Ersatzquote». Sie sinkt überall, bei der Arbeitslosenversicherung wie bei der IV. In der IV sind die Bedingungen inzwischen so restriktiv, dass Zehntausenden von Invaliden ausgeschlossen sind.

Wir Gewerkschaften schaffen es zwar, und das ist oft ein hartes Ringen, für rund 50 Prozent der Beschäftigten Gesamtarbeitsverträge zu halten. Aber in den anderen Bereichen steigen die Arbeitszeit und die unfreiwillige Teilzeit – vor allem für Frauen –, nehmen Temporärjobs, prekäre Beschäftigung, Arbeit auf Abruf, Nacht- und Sonntagsarbeit und neuerdings scharf unterbezahlte Plattformarbeit zu. Als gäbe es kein Leben neben der Arbeit. erinnert sich noch jemand an die Weber-Aufstände? Gehen in der Schweiz bald die Click-Heimarbeiter auf die Strassen und zünden Rechenzentren an?

Manche behaupten, diese Entwicklung folge wirtschaftlichen Sachzwängen. Wer aber seit 30 Jahren in den Firmen unterwegs ist, ihre Strukturen kennt und ihre Zahlen, weil er Dutzende Gesamtarbeitsverträge verhandelt hat, der weiss: Das sind die handfesten Folgen des neoliberalen Umbaus, also von Strategien, von Entscheiden der Aktionäre, des Kapitals.

Der Neoliberalismus ist keine Wirtschaftstheorie, und dort, wo er behauptet, eine zu sein, ist er kläglich gescheitert. Etwa mit der absurden Vorstellung, die extreme Bereicherung der Wenigen mache am Ende alle reicher. Das ist die moderne Version des Mistloches der Gnade, Trickle-Down-Effekt genannt. Oder mit der noch absurderen Vorstellung von selbstregulierenden Finanzmärkten – wo war die denn, 2008. Das sollte niemanden wundern, der Neoliberalismus war immer vor allem eine Kampfanleitung zur Umverteilung von unten nach oben. Es begann damit, dass die Unternehmen nicht mehr bereit waren, die Produktivitätsgewinne zu teilen. Ihre Gewinne explodierten und sie steckten sie in spekulative Finanzmärkte, statt zu investieren. Der Weltcrash 2008 war eine der Folgen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist das neoliberale Modell für Menschen mit Verstand diskreditiert, obsolet, tot. Nur: Unsere Besitzenden und Eliten machen mit den gleichen falschen Rezepten weiter, sogar noch verschärft.

Aber eine versalzene Suppe wird nicht besser, indem man ihr Salz hinzufügt.

Neoliberalismus und Sozialdemokratie

Damit wir uns richtig verstehen will ich zwei Dinge genau festhalten. Erstens zähle ich zu den Eliten durchaus auch Führungspersonlichkeiten der grössten Partei der Schweiz dazu, Ihrer Partei. Das sage ich nicht, weil ich polemisieren will – doch ich habe Ihr neuestes Wirtschaftsprogramm gelesen.

Zweitens, und man sollte immer zuerst den eigenen Mist führen: Wenn heute in Europa und der Welt die Demokratie wankt und viele Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen in die Politik verloren haben, so liegt das auch daran, dass die Sozialdemokratie ihre historische Rolle aus den Augen verloren hat. Sie stand für den sozialen Fortschritt. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, das Primat des Gemeinwesens und der Politik über die Wirtschaft zu verteidigen. Im Minimum also die soziale Sicherheit, unsere Allmend und den Service public zu entwickeln und zu verbessern. Doch die Regierungs-Sozialdemokraten haben der neoliberalen Zerstörung zuerst wenig, dann gar nichts mehr entgegengehalten. Tony Blair hat weitergetrieben, was die eisige Zerstörerin Margaret Thatcher begonnen hatte. Gerhard Schröder hat Millionen Arbeitende in einen Tiefstlohnsektor gezwungen. Italiens und Frankreichs Sozis haben die Arbeitsgesetze dereguliert und das Rentenalter erhöht. Manche Genossinnen und Genossen haben sich liberal gewendet. Sogar in der Schweiz, wo die SP dem neoliberalen Druck unterm Strich etwas mehr Courage und Willen entgegengesetzt hat.

So viel Klarheit muss schon sein, auch wenn ich vor dem politischen Gegner spreche. Denn die Zerschlagung sozialer Sicherheiten hat uns an einen gefährlichen Epochenbruch geführt. Ultrationalisten und Feinde der Demokratie gewinnen überall an Boden.

Beziehe ich heute mein eigenes Lager in die kritische Inventur mit ein, sollten Sie dies nicht als Absage an die «Linken und Netten» missverstehen. Ganz im Gegenteil. Ich plädiere dafür, dass mein Lager eine entschlossene demokratische, soziale und ökologische Wende anführt. Wir stehen für die Emanzipation des Menschen.

Auf uns kommt es nun an, mehr denn je.

Der Wunsch nach Unheil

Ich bin mir sicher, sehr geehrte Damen und Herren, Sie und ich teilen den Wunsch nach Freiheit. Nur ist das mit der Freiheit eine vertrackte Sache. Ich habe die These vertreten, dass Freiheit damit beginnt, dass wir kollektiv Not und Angst und Unsicherheit beenden. Jetzt haben sich die Aktionäre und Superreichen eine alternative Freiheit erfunden. Die Freiheit, sich den Verpflichtungen der Gesellschaft zu entziehen. Freiheit, keine Steuern mehr zu bezahlen oder nur noch symbolische, also die öffentliche Hand zu beuteln. Die Freiheit, den sozialen Kompromiss zu verhunzen und sich ohne Scheu am Staat zu bedienen. Gesellschaft gibt es nicht, sagte Margaret Thatcher. Der neoliberale Mensch ist allein. Ein Wolf unter anderen Wölfen und sehr vielen Schafen. Er hält sich für frei und liegt doch in Ketten. Einsam, ohne Solidarität, entmenscht.

Ein Drama kündigt sich an. Wird der Mensch gesellschaftlich obdachlos, verkommt er. Selbst wenn er, wie in unseren Breiten, nicht dem nackten Elend ausgesetzt ist. Oskar Negt würde sagen: Er verliert seine elementare menschliche Würde. In Angst, überflüssig zu werden, in Panik vor dem Verlust sozialer Sicherheit und vor der Deklassierung, kopfscheu vom Gerede über fremde Invasion und Identitätsverlust (welche Identität? frage ich), wenden viele sich rechtsradikalen Bewegungen zu. Obschon sie wahrscheinlich wissen, dass die Millionäre und Milliardäre, denen sie nachrennen, eigentlich ihre Henker sind. Eine Art soziologischer Stockholm-Effekt.

Das habe ich lange nicht verstanden. Bis ich vor kurzem, während der Weihnachtsferien, einen alten Vortrag von Theodor Adorno über den neuen Rechtsradikalismus gelesen habe. Dort steht die sehr aktuelle Bemerkung, dass Menschen, die erfahren, dass das Versprechen von Fortschritt, sozialer Sicherheit und Gleichheit, also von Lebenschancen, gebrochen ist, sich dem Wunsch nach Unheil und Katastrophe ergeben.

Eine Form dieses Wunsches nach Unheil ist der Nationalismus. Er hat das 20. Jahrhundert zur blutigsten Epoche der Menschengeschichte gemacht, mit zwei Weltkriegen, der Shoa und ungezählten Kolonialkriegen. Nationalismus hat Rassismus und Faschismus und Vernichtungslager geboren. Und doch laufen dieser mörderischen Ideologie gerade wieder Millionen zu. Übrigens auch etliche Menschen, die sich als «Linke» verstehen.

Eine andere Form des mehr oder weniger bewussten Wunsches nach Katastrophe ist das Leugnen des Klima- und Umweltproblems. Es braucht schon sehr viel gedankliche und psychologische Verbiegung, die Fakten der akuten Bedrohung für die Gattung Mensch wegzureden (von allen anderen Gattungen erst gar nicht zu reden).

Mein Verständnis von Welt, meine Schweiz, die Schweiz, für die ich mich einsetze, kann ich darin nicht mehr erkennen. Aus der Einsicht, dass Ökonomie und menschliche Sicherheit gesellschaftlich organisiert sein müssen, muss ich folgern, dass wir sichere Arbeitsverträge für alle brauchen, geteilte Produktionsgewinne, verkürzte Arbeitszeiten, lebenslange Weiterbildung, beständige Sozialwerke, gerechte Steuern, verlässliche öffentliche Dienste. Nehme ich zur Kenntnis, wie es um die Umwelt steht, muss ich für einen raschen und tiefgreifenden ökosozialen Umbau eintreten. Warum sozial? Ist die Ökologie nicht sozial, scheitert sie. Wir haben schon vor zehn Jahren ein Programm formuliert. Wann, wenn nicht heute, bei Negativzinsen, ist der beste Zeitpunkt, massiv in eine ökologische Neugestaltung unserer Infrastrukturen, unserer Energie- und Verkehrssysteme und unserer Ökonomie zu investieren?

Der Vorteil wäre, dass dieser Umbau Arbeit schafft. Stellen wir es klug an, setzt er zudem die notwendige Rückverteilung von Einkommen und Vermögen in Gang. Neoliberale finden krasse Ungerechtigkeiten richtig, weil sie die Menschen angeblich anspornen. Wahr aber ist genau das Gegenteil, das zeigen Hunderte von Studien, auch von Weltbank, IWF und Wirtschaftsinstituten. Ungleiche Gesellschaften sind weniger produktiv, weniger kreativ und innovativ. Ausserdem sind ungleichere Gesellschaften, wie etwa der Vergleich USA-Japan zeigt, krimineller, kränker, gewalttätiger – und ihre Lebenserwartung liegt zum Teil um mehr als ein Jahrzehnt tiefer.

Auf dem Weg in eine gerechtere Schweiz haben wir Gewerkschafter mitunter überraschende Lehrstücke erlebt. Ich darf Ihnen ein besonders Eindrückliches erzählen. Als Italiener, Spanier und andere «Gastarbeiter» ab den 1950er Jahren die neue Schweiz aufbauten, arbeiteten die meisten unter dem Saisonierstatut. Man wollte verhindern, dass sich diese Arbeitenden in dem Land, das sie schufen, niederlassen. Man zwang sie in das diskriminierende Statut und in Baracken, zu tiefen Löhnen, ohne Rechte und ohne die Möglichkeit, ihre Familien nachzuziehen. Es war eine massenhafte Verletzung elementaren Menschenrechts.

Ein Teil der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatte dagegen erst einmal wenig einzuwenden. Sie sahen die ausländischen Arbeitenden als Konkurrenz. Das hielt im Alltag des gemeinsamen Arbeitslebens nicht lange stand und die Gewerkschaften begannen, das Saisonierstatut zu bekämpfen. Als wir es gebodigt hatten, auch mit Hilfe Europas, erlebten wir eine Überraschung: Die Löhne stiegen, die Löhne aller Arbeitenden, es gab mehr Jobs, die Schweiz wurde rasch reicher, der Wohlstand stieg.

Wirtschaft ist eben keine Milchbüchleinrechnung. Sie werden verstehen, dass ich einen Teufel tun werde, die ausländischen Kollegen als Konkurrenz zu verstehen, wie Sie das mit Ihrer Begrenzungs-Initiative, die wir Kündigungsinitiative nennen, gerne hätten. Als Präsident der Arbeitsmarktkontrolle Bern weiss ich, wer die ukrainischen Schweisser oder polnischen Elektriker zu Dumpinglöhnen anstellt – sie betteln nicht darum, ausgebeutet zu werden. Ich bin mit ihnen solidarsich, gegen ihre ausländischen und schweizerischen Arbeitgeber.

In der Politik besteht die grösste Dummheit darin, einem Gegner Dummheit zu unterstellen. Ich sollte also davon ausgehen, dass es Ihre ganz bewusste Absicht ist, mit dieser Initiative die Kündigung der bilateralen Verträge herbeizuführen. Und dass Sie wissen, dass dies ein Desaster für unseren Wohlstand, die Löhne und die Jobs und überhaupt die Wirtschaft wäre. Die Schweiz würde rabiat ärmer, ökonomisch wie kulturell.

Warum tun Sie es dennoch?

Kann sein, die Leitung Ihrer Partei hat tatsächlich den Plan, die Schweiz zu jenem Alpen-Singapur umzubauen, von dem Ihre Banker schwärmen, zur globalen Dienstleistungsnation ohne Industrie und Produktion.

Vielleicht aber bewirtschaften sie einfach nur Ihr politisches Thema Es war ja auch lange ein Selbstläufer. Sie könnten hoffen, die Abstimmung zu verlieren. Dann könnten Sie gleich wieder eine Initiative starten. Oder noch besser für die SVP: Sie gewinnen und das Parlament und der Bundesrat bewahren uns im Allgemeininteresse von einer Umsetzung 1:1. Dieses Tänzchen kann sehr lange getanzt werden.

Meine Schweiz wünsche ich mir offen, der Welt zugewandt, innovativ, reich in jeder Form von Austausch, sozial gerecht, mit freiem Personenverkehr – warum sollte nur das Kapital frei sein? – und mit lohnschützenden flankierenden Massnahmen.

Es mag dann ganz lustvoll sein, sich eine Welt zu erfinden mit wilden Zahlen um sich twitternd und facebookend, eine Welt, in der die Schweiz von Migrationswellen, kriminellen Ausländern, stieren Brüsselere Bürokraten und machthungrigen Muslimen kujoniert wird.

Doch am Ende des Tages ist die Wirklichkeit mächtiger. Hoffnungsfroh macht mich, und darum bin ich gerne ins Albisgüetli gekommen: Es ist unsere gemeinsame Wirklichkeit. Darauf sollten wir uns besinnen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.